

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 6604

In den Glendbezirken des Erzgebirges

Von
Richard Ras (Prag),
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* **Graslitz**, Mitte Januar.

Vor eineinhalb Jahren hatte ich die Glendbezirke des Erzgebirges nahe der tschechischen Grenze zum ersten Male bereist. Die Schilderungen in der „Vossischen Zeitung“ ergaben aus ganz Deutschland eineinhalb Millionen Mark an Spenden, die Tausenden Erzgebirgskindern Wärme und warme Kleidung einbrachten. Amerikanisches Geld sorgte in fast allen gefährdeten Orten für Hoover-Küchen, in denen die bedürftigen Kinder täglich mit Kakao oder Reissuppe gespeist werden. Nun hat mich kürzlich die Prager Hoover-Mission, die auf einer Inspektionsreise durchs Erzgebirge zu begleiten. Diese nun beendete kurze Reise ergab:

Die Erzgebirgler der Tschechoslowakei sind kein sterbendes Volk mehr, aber ein noch immer schwer krankes, ein jämmerlich hungerndes Volk. Doch ist nun das äußerste Elend, das sich selbst stumpf aufgibt, bis zu einem Grade gemildert, der Lebenshoffnungen zuläßt. Für Kleider, Wäsche und Schuhe hat Deutschlands großmütige Spende gesorgt, Amerika steuert eine kräftige Mahlzeit täglich für die unterernährten Kinder bei. Die Prager Regierung tut freilich nichts. Das kann kein absichtliches Unterlassen sein und fern bleibe die Annahme, daß ein kläglich hungernder Mensch nach seiner Nationalität unterschieden werde. Kann er irgendwem etwas anderes sein als ein hungernder Mensch? Kann man bei rhabditiischen Kindern danach fragen, welche Sprache sie sprechen? Es sind hungernde Kinder. Wer könnte glauben, ein Fanatiker unterschiede auch hier? Nein, es ist keine absichtliche, aber dennoch ist es eine schwerwiegende Unterlassungssünde, daß die hungertranken Erzgebirgsdörfer keine besonderen Zuschüsse bekommen und die allgemeine Herabminderung der Brotration auf die Hälfte mitmachen müssen (die in den agrarischen Bezirken der Republik weit weniger Schaden stiften). Wie ein kranker Mensch hat auch ein kranker Bezirk Anspruch auf Krankenbrot. Wenn nichts anderes, das oft beschriene „Staatsprestige“ müßte verhindern, daß der Hungertypus im Erzgebirge neuerlich epidemisch werde; daselbst Staatsprestige, dessentwegen die Graslitzer eine große Mehl- und Kartoffelspende des nahen Sachsen ablehnen mußten.

Die Kinder — von den Amerikanern noch immer mit Entsetzen betrachtet — scheinen gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesünder. Auch ihre Bekleidung ist dank der reichsdeutschen Spende besser geworden. Sie sind freilich noch blaß, verkümmert und unterernährt (58 von Hundert aller Erzgebirgskinder sind in hohem Maße blutarm. 32 von Hundert — an manchen Orten bis 73 von Hundert — rhabditiisch). Doch sieht man wenigstens nicht mehr die gedunsenen Bäuche, die geschwollenen Gelenke des Hungerödems. Stropheln und Krämpfe sind häufig geblieben. Ein Waggon Seife und ein halber Waggon Lebertran taten den Erzgebirgskindern dringend not. Vor einem halben Jahr hatten die Amerikaner Lebertran geschickt. Der ist längst verbraucht und alle Ärzte klagen, daß sie nun der Rhabditiis nicht mehr beikommen können. Hier in Graslitz berichtet ein Arzt: „Die Kinder tranken den Lebertran als Lederbissen und bettelten immer um mehr.“ Ich denke des Großstadtkindes, dem die Eltern den Löffel Lebertran nur mit Versprechungen und Liedern aufhängen können... Freilich, wenn es mittags nur Kartoffelsuppe gibt und abends nur ungemilchtes und ungezuckertes Zichorien-„Kaffee“, dann schmeckt auch Lebertran. Die Tageskost der Leute ist sehr schlecht geblieben. Fleisch kommt überhaupt nicht auf ihren Tisch; es ist hier infam teuer: 19 Kronen das Pfund Schweinefleisch, 16 Kronen das Pfund Rindfleisch; das übersteigt die Prager Preise um ein gutes Drittel. „Gebadene Knödel“ aus schwarzem Mehl sind Sonntagsspeise. Brot gibt es nicht alljährig. Wie sollte sonst das halbe Laib der Wochenration zureichen? Und dabei kostet ein Laib Brot im Schleichhandel fünfzehn Kronen. Ich hörte von Eltern, welche die letzten Schuhe gegen solches Schleichhandelsbrot umtauschen mußten. Zudem: hier wird noch Brot mit Weismehl-Zusatz ausgegeben. Prag ist weit und Deutschlands Grenze, die nebenbei vorbeiläuft, fest verschlossen.

Kraße Fälle gibt es noch immer, wenn auch Gottlob als Ausnahmen: Siebenjährige, die in die Schule getragen werden müssen, weil sie noch nicht gehen können, Vierjährige, die zwölf Pfund wiegen und die faltig-vergrämten Gesichtchen von Siebenmonatskindern haben. Die allerkraßesten Fälle sahen wir diesmal nicht. Es sind jene, die weder in die Schule, noch zur Ausspeisung kommen können, weil sie ohne Kleider, ohne Schuhe zuhause im Stroh liegen. In Falkenau, einem Bergarbeiterstädtchen halbwegs zwischen Karlsbad und Eger im Gebirge, sahen wir Kinder, die durch den Hunger idiotisch geworden sind. „Gelobt sei Jesus Christus!“ grüßten im Falkenauer Waisenhaus die müden Stimmen blasser Kinder. Ein kleines, altkluges Mädchen sang uns ein Kinderliedchen. O, Kinderlieder auf der Wiese, froher Jubel roter Lippen! Und hier... Ein Amerikaner wendet sich erschüttert ab. Zum Waisenhaus steuert der Staat auch nicht eine Krone bei. Gut ab vor den sechs Nonnen, die für je hundertfünfzig Kronen Jahreslohn und spärlicher Kost für verlassene Kinder sorgen. Wie

viele elternlose Kinder gibt es doch in der erzgebirgischen Residenz der Tuberkulose! In einer einzigen Falkenauer Volksschulkasse zählte ich unter zweihundertvierzig Kindern sieben Doppelwaisen. Und elf Kinder, die kein Hemd auf dem Leibe hatten! Noch ärger war es in Königsberg, weiter oben im Gebirge. Der Filmmann des Amerikanischen Roten Kreuzes, der uns begleitete, um einen Propagandafilm für die Hooveraktion aufzunehmen, konnte in der Schule dreimal große Gruppen kraß unterernährter Kinder zusammenstellen.

Während uns das Auto vom hungernden und bitterkalten Erzgebirgsstamm in fünfständiger Fahrt nach dem wohlver-

pflegten, fast frühlingwarmen Prag zurückbringt, versichern die Amerikaner ein- übers andermal, daß sie niemals gleich tiefes Elend gesehen hätten. Sie wollen mir durchaus nicht glauben, daß sich jetzt dank der reichsdeutschen und der amerikanischen Hilfe vieles gebessert hat. Wer die Hölle des Neunzehnerjahres und das Gefegfeuer des beginnenden Jahres 1921 gesehen hat, darf hoffen, daß die armen deutschböh-mischen Erzgebirgler sachte auf eine menschenwürdige Lebensstufe gelangen. Doch bleibt da noch viele und schwere Arbeit zu leisten. Solange sich ihr nicht der eigene Staat unterzieht, wird das Erbarmen des Auslandes weiter helfen müssen. Zunächst die blutsverwandten.

Die Reparations-Verhandlungen

Eine deutsche Regierungserklärung.

Beratungen mit dem Reichskanzler.

Der Reichskanzler hat gestern, wie amtlich mitgeteilt wird, mit dem Reichsminister des Auswärtigen und dem Reichsfinanzminister eingehend über die ganze Frage der Reparationen beraten. Es ergab sich, daß eine Uebereinstimmung in der Beurteilung des Sachverhaltes und der Stellungnahme der deutschen Regierung bestand. Nach wie vor wird es als das dringendste Interesse Deutschlands betrachtet, die Höhe seiner Reparationsschuld so bald wie möglich kennen zu lernen. Deutschland hat ein vertrauenswürdiges Recht darauf, daß es die Schuldsomme bis spätestens 1. Mai d. J. erfährt.

Andererseits erkennt Deutschland an, daß die Festsetzung der Schuldsomme zurzeit technisch schwierig und eine Verständigung über die Festsetzung psychologisch schwer wäre. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, auf die Einhaltung der ihr aufzuhängenden Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den alliierten Regierungen über Teilleistungen Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen.

In diesem Sinne hat sie den Seydoux'schen Plan als Basis der weiteren Verhandlungen angenommen. Der Plan sieht vor, daß Deutschland fünf Jahre lang jährliche Leistungen in Höhe von 3 Milliarden Goldmark macht und daß die Jahresleistungen nicht durch Goldzahlungen, sondern durch Sachlieferungen erfüllt werden.

Die deutsche Regierung verlangt nun, daß bei den Verhandlungen über die Seydoux'schen Pläne die zahlenmäßige Höhe der Jahresleistungen einstweilen vorbehaltlich bleibt. Zunächst soll die Methode der Sachleistung und die in Brüssel von der deutschen Delegation zur Sprache gebrachten Voraussetzungen der deutschen Leistungsfähigkeit erörtert werden. Ueber die Höhe der Gesamtschuld auch bei Zustandekommen der Vereinbarungen über die Annuitäten soll nicht etwa nach Ablauf der fünf Jahre, sondern sobald als möglich weiter verhandelt werden. Dieses Verlangen ist von dem französischen Botschafter in Berlin bei seiner entscheidenden Besprechung mit dem deutschen Außenminister als berechtigt anerkannt worden. Es bildet also die Grundlage der weiteren Verhandlungen. Ohne ein Entgegenkommen der alliierten Regierungen auf dem von der deutschen Delegation in Brüssel bezeichneten Gebiet könnte die deutsche Regierung die Annahme des Seydoux'schen Vorschlages, die ein großes Entgegenkommen ihrerseits bedeutet, nicht verantworten.

Die Brüsseler Sachverständigen-Besprechungen sind noch nicht zu Ende geführt; es ist vorläufig eine Pause eingetreten, damit einzelnen, von beiden Seiten bezeichneten Sachverständigen-Paaren Zeit gegönnt wird, bestimmte technische Vorklagen der Reparation miteinander zu erörtern.

Auch diese Erörterungen sind erst zum Teil erledigt. Die gegenwärtige Tagung der Ministerpräsidenten in Paris steht mit dem vereinbarten Gang der Reparationsverhandlungen in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Sie kann weder die noch ausstehenden Besprechungen der Sachverständigen, noch etwa gar die in Spa zugelegte Genfer Konferenz ersetzen. Vorher bedarf es unbedingt einer Besprechung der industriellen Sachverständigen über die Methode der Sachleistungen.

*

Wie wir hören, besteht seit zwei Tagen keine Verbindung zwischen der hiesigen Regierung und dem Staatssekretär Bergmann in Paris. Es ist deshalb hier nicht bekannt, ob die Pressemeldungen über die Hinzuziehung Bergmanns zu den Verhandlungen der alliierten Regierungschefs zutreffen. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß eine solche Hinzuziehung hier mit großer Genugtuung begrüßt würde.

Die Vorschüsse der Verbündeten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 26. Januar.

Die Pariser Blätter nehmen an, daß der Oberste Rat heute an die Erörterung der Wiedergutmachungsfrage herantreten werde. Der „Matin“ berichtet, die Verbündeten hätten den Wunsch geäußert, einen Vortrag des französischen Finanzministers über die finanzielle Lage Frankreichs zu hören. Das „Echo de Paris“ entnimmt dem Bericht der verbündeten Sachverständigen die Angabe, daß der Wert der bisherigen Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage auf 9454 Goldmark anzusehen ist. Nach Abzug der von den Verbündeten vorgeschossenen Summen für Lebensmittel, die Besatzungstruppen und anderes, bleiben 1852 Millionen Goldmark übrig. Das frühere deutsche Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten ist mit 2½ Milliarden Goldmark eingestuft. Da die Staaten, die dieses Eigentum übernommen haben, nach den Vereinbarungen von Spa den Wertbetrag nicht an den Wiedergutmachungsausschuß abzuführen brauchen, betragen die Vorschüsse der Verbündeten 648 Millionen Goldmark mehr, als Deutschland geleistet hat.

Nach einer Meldung der Agentur „Est Europe“ aus Paris wird man bei der Beratung der Entschädigungsfrage zunächst die Berichte des französischen Finanzministers Doumer und des Ministers für die zerstörten Gebiete, Loucheur, anhören. Ob es rasch zu Beschlüssen kommen wird, scheint zweifelhaft zu sein. Der „Matin“ erklärt, daß der englische und französische Standpunkt noch weit auseinander liegen, Frankreich sei mit der Höhe der Entschädigungssumme, die in Boulogne für Mer festgestellt wurde, unzufrieden, und erinnere daran, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands sich in kurzer Frist vollziehen werde. Die verschiedenen Pläne, die man vorschlägt, um die Entschädigung von Deutschland hereinzubekommen, haben fast keinerlei greifbare Gestalt gewonnen.

Einigung der militärischen Sachverständigen

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 26. Januar.

Brand hat die französischen Pressevertreter gestern abend nochmals dringend ersucht, die Arbeiten der Pariser Konferenz nicht durch „Indiskretionen und Erfindungen“, wie sie Dienstag von einem Morgenblatt veröffentlicht worden seien, zu stören, da der Oberste Rat sonst nichts mehr in Paris sagen werde. Einige Blätter bemerken dazu, Lloyd George sei wegen des gestrigen Pertinax-Artikels im „Echo de Paris“ in großen Zorn geraten und habe erklärt, daß er die Pariser Konferenz verlassen werde, falls derartige sich wiederholen sollten.

Dem „Deure“ zufolge sind die Vorgänge in der Sitzung vom Montag tatsächlich stark übertrieben worden. Lloyd George hat, als es sich herausstellte, daß die französischen und englischen militärischen Sachverständigen über gewisse Ziffern nicht einig wurden, nervös mit seinem Papiermesser auf den Tisch geschlagen und dabei gerufen: „Wie, diese Herren sind nicht einig? Dann sollen sie sich anderswo verständigen. Wir werden wiederkommen, wenn sie sich geeinigt haben.“

Die meisten Morgenblätter berichten, daß die militärischen Sachverständigen sich gestern abend über einen gemeinsamen Bericht verständigt haben, in dem die vollständige Durchführung der Abrüstung Deutschlands in bestimmten Fristen empfohlen wird. Ueber den Umfang der Fristen gehen die Angaben der Blätter, die angeführt der Verschiedenheit der militärischen Sachverständigen wohl überhaupt mit Vorsicht aufzunehmen sind, auseinander. Der „Matin“ spricht von „variablen“ Fristen, die von einem Monat bis zu vier Monaten gehen. Das „Deure“ behauptet, Deutschland werde eine Frist bis über den 1. Mai hinaus zugestanden. Das „Petit Journal“ will wissen, daß die Sachverständigen Fristen von verschiedenartiger Länge